Sessionsforum SN, Frühlingssession, Schaffhauser Nachrichten vom 25.3.2022

Martina Munz, Nationalrätin

Neutrale Schweiz darf Völkerrechtsverletzungen nicht tolerieren

In Europa ist der Krieg ist zurück. Ein autoritärer Machthaber gefährdet Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Europa rückt zusammen. Die Schweiz gehört dazu.

Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine begleitete uns durch die ganze Session. Im Stundentakt hörten wir von zerstörerischen Angriffen, vom Leid der Zivilbevölkerung und von gescheiterten Friedensverhandlungen. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg von Putin ist durch nichts zu rechtfertigen. Wir alle sind fassungslos. Dieser Krieg erinnert uns daran, dass Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit ist. Und dass die EU das weltweit grösste Friedensprojekt ist. Zu dieser Wertegemeinschaft gehört die Schweiz solidarisch dazu.

Der Nationalrat eröffnete die Frühlingssession mit einer Erklärung, die den sofortigen Waffenstillstand forderte und den Krieg aufs Schärfste verurteilte. Das zögerliche Handeln des Bundesrats gab Anlass zu massiver Kritik. In den ersten Tagen nach Kriegsausbruch wollte er die EU-Sanktionen nicht vollumfänglich mittragen. Empörung machte sich zu recht breit. Unser Land ist ein bedeutender Rohstoffhandelsplatz und eine wichtige Finanzdrehscheibe. 80 Prozent des russischen Rohstoffhandels wird über die Schweiz abgewickelt. Die Schweiz hat für die russische Elite eine enorme Bedeutung. Keine Farbe zu bekennen, käme einer prorussischen Haltung gleich. Neutralität darf kein Deckmantel sein, um Völkerrechtsverletzungen zu tolerieren, weil das lukrative Geschäft lockt. 1968 beim Einmarsch der Sowjetunion in die Tschechoslowakei hat der damalige Bundesrat rasch wirtschaftliche Sanktionen ergriffen. Damals war die Schweiz genauso neutral wie heute. Als Land der direkten Demokratie müssen wir für ein freies, demokratisches Europa einstehen, in dem jedes Land das Recht auf Souveränität, Selbstbestimmung und Integrität seiner Grenzen hat. Deshalb macht auch die Kandidatur der Schweiz für den UNO-Sicherheitsrat Sinn. Der Sicherheitsrat steht für Frieden und Sicherheit. Als neutrales Land kann die Schweiz darin glaubwürdig die Friedenspolitik mitgestalten.

Farbe bekennt die Schweiz auch beim Schutz der Geflüchteten. Der Schutzstatus S ist ein grosses Zeichen von Solidarität. Warum diese nicht gleichermassen für alle Schutzbedürftigen gilt, muss uns aber zu denken geben. Frauen und Mädchen aus Afghanistan etwa sind schutzlos den Taliban ausgeliefert und dürfen sich in der Öffentlichkeit kaum mehr zeigen. Hätten sie nicht auch Anrecht auf den Status S?

Der Ukrainekrieg führt uns auch die Abhängigkeit von fossiler Energie dramatisch vor Augen. Die Energiepreise steigen und steigen. Mit den hohen Erdöl- und Gaspreisen finanzieren wir Kriege und autokratische Regimes. Auch darum müssen wir jetzt aus dem fossilen Zeitalter aussteigen. Mit dem abgelehnten CO2-Gesetz wäre das Benzin höchstens um 12 Rappen verteuert worden. Damit wäre die Klimawende finanziert worden. Jetzt verteuert der Krieg den Treibstoff um ein Vielfaches. Das Geld fliesst in die Tasche von Kriegstreibern. Das ist absurd und gefährlich. Die Schweiz muss sich so schnell wie möglich aus der Abhängigkeit von Fossilen befreien. Es braucht Investitionen in Erneuerbare, Effizienzmassnahmen und Ersatz von fossilen Heizungen. So schützen wir die Bevölkerung vor steigenden Rohstoffpreisen und die Umwelt vor enormen Schaden. Die Sonne scheint gratis und macht uns unabhängig. Wir stehen an einer Zeitenwende. Der Krieg wird die Migrations-, Sicherheits-, Energie- und Aussenpolitik der Schweiz nachhaltig verändern.